

Kehrtwende bei Familienunternehmern: AfD-Einladung hat sich „als Fehler erwiesen“

Matthias Böttger

Laut dem Verband Die Familienunternehmer hat sich die Einladung von AfD-Politikern zu einem Parlamentarischen Abend „als Fehler erwiesen“. Das teilte die Verbandspräsidentin Marie-Christine Ostermann nach einer Gremiensitzung am Sonntagabend mit. Damit kassiert die Unternehmervereinigung ihre seit einigen Monaten praktizierte Annäherung an die AfD.

Der Verband wolle „künftig wieder“ als „Stimme der Vernunft“ wahrgenommen werden. Er stehe für „Demokratie, Marktwirtschaft, Wirtschaftswende und Reformen“. Man distanzieren sich von „Extremisten“ und habe die AfD nur hören lassen wollen, „dass ihr Programm wirtschaftsfeindlich ist und dem Standort Deutschland schadet“.

Selbst davon nehmen Die Familienunternehmer nun Abstand: „Andere Wege der Auseinandersetzung“ als Veranstaltungseinladungen und Gespräche müssten gefunden werden, um der AfD kritisch zu begegnen.

Vor zwei Wochen war bekannt geworden, dass der Bundesverband im Oktober neben vielen anderen auch AfD-Politiker zu einem Parlamentarischen Abend in Berliner Räumlichkeiten des Verbands-„Partners“ Deutsche Bank eingeladen hatte. Der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Leif-Erik Holm aus Mecklenburg-Vorpommern, war der Einladung gefolgt.

„Wir verabschieden uns von den Brandmauern“, hatte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, dem rund 6.500 familiengeführte Unternehmen aus ganz Deutschland angehören, dazu erklärt. Eine inhaltliche Annäherung war damit nicht verbunden. Eine Regierungsbeteiligung lehnten die Familienunternehmer klar ab. Vielmehr sprach aus der Strategieänderung die schiere Enttäuschung über die CDU-geführte Bundesregierung (mehr dazu [hier](#)).

Lesen Sie auch:



Mit der erneute Positionsänderung reagiert der Verband auf die teils entsetzten Reaktionen von Mitgliedern und Außenstehenden auf seine neue Strategie. Rossmann, Vorwerk und andere traten unmittelbar nach Bekanntwerden der Kontakte zur AfD aus. Die Deutsche Bank entzog dem Familienunternehmer-Verband die Räumlichkeiten für Veranstaltungen. Compact startete eine Kampagne gegen dm, das sich trotz bereits gekündigter Mitgliedschaft hinter die Position des Verbandes stellte (*Apollo News* [berichtete](#)).

Es gab aber auch positive Rückmeldungen auf die frühere Entscheidung. Mehrere Verbände schlossen sich der Position an, mit der AfD zu sprechen (*Apollo News* [berichtete](#)), einzelne bekannte, CDU-nahe Unternehmerpersönlichkeiten – darunter der Chef des Europa-Parks Rust – wandten sich gegen Kontaktverbote (mehr dazu [hier](#)).

Jetzt will der Verband gemeinsam mit seinen Mitgliedern über den Umgang mit der AfD diskutieren. Die wesentliche Leitplanke nimmt die Pressemitteilung des Verbandes aber schon vorweg: Bei den kommenden Landtagswahlen will man sich „klar und sichtbar gegen die AfD positionieren“.